Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Gaden & Komp., Nr. 20613. **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Weißenerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Weißenerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7gespaltene Nonpareillezeile 60 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 3gespaltene Reklamezeile 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Beschädigung 20 Pf.

Nr. 256 | Dresden, Mittwoch den 5. November 1919 | 30. Jahrg.

Proklamierung des Generalstreiks in Berlin

In Berlin wurde gestern in einer stark besuchten und sehr bewegten Versammlung, die im Gebäude des Metallarbeiterverbandes abgehalten wurde, der Generalstreik proklamiert. Gestern abend tagte eine überaus stark besuchte Versammlung der auf dem Boden der unabhängigen und der kommunistischen Partei stehenden Arbeiterräte, Betriebsräte und Betriebsfunktionäre. In einer Entschließung wird dem Vollzugsrat die Ermächtigung erteilt, nach ergebnislosem Verlauf des Ultimatums den Aufruf zum allgemeinen Generalstreik zu unterzeichnen. Die Arbeiter- und Betriebsräte sowie Betriebsvertrauensleute der sozialdemokratischen und demokratischen Partei werden heute nachmittag 5 Uhr in einer Versammlung zu dem von der Generalversammlung der Metallarbeiter proklamierten Generalstreik Stellung nehmen.

Der Verband der Berliner Metallindustriellen beschloß in seiner Hauptversammlung, auf seinem Standpunkte zu verharren. Damit ist das Ultimatum der Generalversammlung der Vertrauensleute der Metallarbeiter abgelehnt und die Voraussetzung für den Generalstreik in der Metallindustrie gegeben.

Der Reichswirtschaftsminister, der ursprünglich beabsichtigt hatte, seine Vermittlung anzubieten, hat dieses Angebot bei der schlechten Lage zurückgezogen. Das Reichsarbeitsministerium ist nach wie vor bereit, eine Vermittlung anzubahnen, doch ist die Aussicht auf einen Erfolg unter den obwaltenden Umständen sehr gering.

Soweit sich übersehen läßt, hat der Kampf in der Berliner Metallindustrie gestern durch den Hinzutritt neuer bisher vom Streik noch nicht erfaßter Betriebe eine weitere Ausdehnung erfahren. Andrerseits meldet eine angeblich von Unternehmerseite informierte Korrespondenz, daß heute früh in einem Großbetrieb 5000 Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit erschienen sind. Nach dem Berliner Tageblatt wird wegen der gestrigen Ausdehnung des Streiks mit der Befolgung der Generalstreikparole zu rechnen sein.

Die Fünfzehnerkommission des Metallarbeiterverbandes hatte den Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei eingeladen, an den Beratungen der Streikleitung wieder teilzunehmen. Laut Voss. Ztg. lehnte der Parteivorstand dies ab. Dabei ließ er sich jedenfalls von dem stets vertretenen Standpunkt leiten, daß die Führung wirtschaftlicher Kämpfe einzig und allein Sache der Gewerkschaften ist.

Der vom Schiedsgericht im Reichsarbeitsministerium für die Eingruppierung der Arbeitergruppen in die Lohnklasse gefällte Schiedsspruch ist gestern, mittags 12 Uhr, den beiden Parteien, dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Verband Berliner Metallindustrieller, in Gegenwart der Unparteiischen vom Vorsitzenden des Schiedsgerichts, Unterstaatssekretär a. D. v. Möllendorf, bekanntgegeben worden.

•

Sympathiestreik in den Werkstätten der Straßenbahn

Berlin, 4. November. Etwa 1000 Arbeiter in den Hauptwerkstätten der Großen Berliner Straßenbahn haben heute vormittag ihre Tätigkeit eingestellt. Nach Mitteilung der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn handelt es sich hier lediglich um einen Sympathiestreik im Anschluß an die Metallarbeiterbewegung. Störungen im Straßenbahnverkehr sind vorläufig nicht zu befürchten.

•

Streikdrohung in der Braunschweiger Metallindustrie

Braunschweig, 4. November. In einer Arbeiterversammlung, die von über 4000 Personen besucht war, wurde gestern abend eine Entschließung angenommen, durch die der Metallarbeiterverband aufgefordert wird, dem Verein der braunschweigischen Metallindustriellen ein Ultimatum zugestellen, dahingehend, daß bis zum 6. November sämtliche Arbeiter der Firma H. Büssing wieder eingestellt werden müssen; anderfalls wird im ganzen Freistaat Braunschweig am 7. November der Generalstreik proklamiert.

•

Straßenbahnerstreik in Rheinland-Westfalen

Die Straßenbahnerstreiks im rheinisch-westfälischen Industrierevier haben jedoch eine Ausdehnung erfahren, daß nun auch die Arbeiter der Bahnen von Mülheim und Oberhausen im Ausstand sind. Es hat den Anschein, als ob die Organisation des Streiks von Zentralen ausgeht, die sich über die geschlossenen Tarifverträge hinwegsetzen. In Mülheim wird seit Sonnabend, wieder jedoch ergebnislos, verhandelt. — Der Streik der Angestellten der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn ist beendet. Der Betrieb ist gestern morgen wieder aufgenommen worden.

•

Einhaltsbefehl im amerikanischen Bergarbeiterstreik

Washington, 4. November. Die Führer der Bergarbeiterorganisationen haben den Organisationen den Befehl zur Einstellung des Streiks gegeben. Sie haben die Versicherung erhalten, daß die Regierung geneigt sei, in Verhandlungen den Konflikt beizulegen, sobald der Streikbefehl zurückgezogen wurde.

•

Ringsum Konterrevolutionäre

Aus der Zeit der Münchner Räterepublik erzählt man die niedliche Geschichte, daß ein Lehrer einen Volksschüler fragt, woran man eine Revolution erkenne, worauf der kleine Stöpsel prompt antwortet: „Daß sie alleweil in Gefahr ist." In der Tat ist es ein typisches Merkmal aller dogmatisch gestimmten radikalen Fanatiker, daß sie in jedem, der nur um Haaresbreite von ihren Anschauungen abweicht, einen „Gegenrevolutionär" und „Verräter der Volkssache" sehen. Wir Mehrheitssozialisten haben uns ja längst daran gewöhnt, die Schmähungen der Unsozialen Fanatiker mit lächelndem Gleichmut hinzunehmen, die Unabhängigen können durch alle ihre wilden Gesten und Reden nicht verhindern, daß sie von den Kommunisten als Gegenrevolutionäre bezeichnet werden, und jetzt beschimpfen sich schon die beiden Teile der auseinandergeborstenen S. P. D. wechselseitig als gegenrevolutionäre Verräter.

Die letzte Reichskonferenz der S. P. D., auf der die Spaltung zwischen Kommunisten und Syndikalisten eintrat, hat den großen Bannfluch aufs Haupt der Syndikalisten geschleudert, in der angenommenen Entschließung wird die syndikalistische Meinung ausdrücklich als „konterrevolutionär" abgeklempelt. Die auf dem Boden der Zentralleitung stehende Mannheimer „Rote Fahne" wettert gegen die „Irrlehre der Hamburger" (man ist schon ganz und gar bei den Fachausdrücken eines Konzils der römisch-katholischen Kirche angelangt), sie polemisiert gegen die syndikalistische Richtung, in dem sie von der „kleinbürgerlichen Anschauung Laufenbergs" spricht. (Das mußte Laufenberg passieren!) Diese kleinbürgerliche Methode Laufenbergs laufe auf Verwischung der Klassengegensätze hinaus und enthülle den abgrundtiefen Gegensatz zu den einzig rechtgläubigen Kommunisten der K. P.-D.-Zentrale, die in der Verschärfung der Klassengegensätze ihre Aufgaben sehe. Auf der andern Seite polemisiert der auf syndikalistischer Seite stehende Bremer „Kommunist" in den sarkastischen Tönen gegen die Zentrale der K. P. D. und die Beschlüsse der Reichskonferenz. Auch dieses Blatt ist schon ganz in der Sprach- und Anschauungsweise orthodoxer Kirchengläubiger ertrunken, denn es jammert nicht nur über „brutale Vergewaltigung" und „Komödienspiel in der Konferenz", sondern es bezeichnet den Hinauswurf der Minderheitsdelegierten auf der Konferenz als „Gesinnungsknebelei und Ketzergerichtssitzung". Zum Schluß ruft es den Massen zu: „Ihr könnt nicht Putschisten nachsagen, sondern sie davonjagen."

Wenn das Wohl des Volkes in der Revolution in Wirklichkeit von diesen unduldsamen Schwarmgeistern abhinge, die sich gegenseitig als Verräter betrachten und mindestens in je 999 von tausend Deutschen Gegenrevolutionäre und Feinde des Volkes sehen, dann wäre es allerdings schlimm um das deutsche Volk und die deutsche Freiheit bestellt.

Das Fell des Bären

Eine Gruppe russischer Demokraten, die hinter dem General Denikin stehen, hat dem tschechischen Politiker Dr. Kramarsch die Präsidentschaft der russischen Republik angeboten. Er ist auf der Reise nach Odessa, wo man einen feierlichen Empfang plant. Die Sozialdemokraten aber lehnen jede Einmischung fremder Politiker in Rußlands inneres Leben ab.

Während Judenitsch selbst kein Hehl mehr aus seiner Niederlage vor Petersburg macht und seine Operationen nur noch darauf hinzielen, einer Umzingelung durch Trotzkis Truppen zu entgehen, funkt Havas munter eine Revaler Meldung in die Welt, der zufolge die Offensive der weißen Garden erfolgreich fortschreite und die verzweifelten Bolschewisten die Forts in die Luft sprengten. Man lügt eben aus Gewohnheit weiter.

•

Die Baltenkommission

In Berlin trifft am 7. November die interalliierte Kommission für das Baltikum ein. Sie besteht aus 25 Offizieren und 50 Unteroffizieren und Mannschaften. Die Kommission will sich hier zwecks Information einige Tage aufhalten, um dann möglichst umgehend nach dem Baltikum abzureisen.

Nach Meldung eines vom Reichswehrministerium in das Baltikum entsandten Offiziers haben sich bisher von den zu den Russen übergegangenen Formationen insgesamt 5500 Mann zur Heimkehr entschlossen. Die Transportbewegung der zur Rückkehr bereiten Truppen aus der Gegend von Schaulen sollte nach Abschluß des Vertrages mit den Litauern am 3. November beginnen.

Die Aufsicht bei der Abstimmung

Bern, 3. November. Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat hat gestern beschlossen, daß der Vorsitz der Volksabstimmungskommissionen und der Kommandanturen der interalliierten Abteilungen in folgender Weise verteilt werden sollen: Allenstein an Großbritannien, Marienwerder an Italien, Oberschlesien an Frankreich, Teschen bis zur Ratifikation des Friedens durch Amerika provisorisch an Amerika. Der Oberste Rat hat ferner den Bericht George Clarks über die Lage in Budapest entgegengenommen und das ungarische Problem geprüft. Er hat bestimmt, daß die europäische Donaukommission in der Konferenz gemäß Artikel 349 des Versailler Friedens vertreten sein soll.

Die Verderber Deutschlands

Durch die Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß fallen immer mehr die Schleier, die bisher die Vorgänge während des Krieges vor den Augen des deutschen Volkes verhüllt haben. Mit Schaudern sehen wir immer wieder, wie elend wir während des Krieges in Deutschland regiert worden sind. Es fehlte an einer einheitlichen Leitung. Alles, was geschah, war im besten Falle das Resultat eines Kompromisses zwischen der politischen und militärischen Leitung. In den meisten Fällen aber befahl das Große Hauptquartier, und Reichskanzler und Auswärtiges Amt mußten sich fügen. Daß unter diesen Umständen die deutsche Politik doppelzüngig war, ist nur zu erklärlich. Die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses wurden durch die Feststellungen, die gestern gemacht wurden, von neuem bestätigt.

Da ist zunächst der Herr Zimmermann, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Der Herr berief im Dezember 1916 Vertreter der Presse zusammen und sagte ihnen, daß das deutsche Friedensangebot deswegen herausgehe, um die Aktionen Wilsons zu durchkreuzen. Jetzt erklärt er, daß er die Presse damals aus taktischen Gründen absichtlich falsch informiert habe. In einer Zeit also, wo man wenigstens nach den heutigen Aussagen Zimmermanns eine Friedensaktion Wilsons sehr gern gesehen hätte, wird die Presse gegen Wilson scharfgemacht. Das ist wird kennzeichnend für die Unklarheit der deutschen Politik. Rechnete man nicht damit, daß durch eine solche Taktik ein Verhalten der Presse hervorgerufen werden konnte, durch das Wilson zurückgestoßen wurde? Oder war das, was Zimmermann damals den Pressevertretern erzählte, nicht wirklich das damalige Ansicht des Herrn Zimmermann, die er nur jetzt hinwegzaleugnen versucht, um sich reinzuwaschen? Oder hat man damals so hin- und hergeschwankt, daß man jeden Tag etwas andres wollte, daß man einen Tag die Friedensaktion Wilsons herbeiwünschte und sie am andern Tage wieder zu durchkreuzen suchte, weil sich inzwischen wieder der Einfluß der Obersten deutschen Heeresleitung geltend gemacht hatte? In einer Zeit, wo unsre Politik von der äußersten Konsequenz hätte sein müssen, hat offenbar der größte Wirrwarr in Berlin geherrscht.

Auch bei der Besprechung einer andern Frage, die gestern erörtert wurde, zeigte sich so recht, wie machtlos unsre politische Leitung während des Krieges gewesen ist. Die Herren Bethmann-Hollweg und Zimmermann waren sich klar darüber, daß die Deportation der belgischen Arbeiter für Deutschland schädlich sein müsse. Sie sind nicht imstande gewesen, sie zu verhindern. Die Deportation ist durchgeführt worden, und zwar rücksichtslos und dumm, wie eben von unsern Militärs etwas Derartiges gemacht wurde. Man ließ die Belgier nach Deutschland kommen, angeblich, weil man ihre Arbeitskraft so notwendig brauche und konnte sie dann nicht genügend beschäftigen.

Man sorgte nicht einmal dafür, daß die Belgier anständig untergebracht und verpflegt wurden, so daß Krankheiten unter ihnen wüteten und viele von ihnen sterben mußten, wodurch natürlich der Haß der ganzen Welt gegen Deutschland noch mehr entgegenschlug wurde.

Schließlich wurden gestern auch die Friedensbedingungen bekanntgegeben, die im Dezember 1916 in Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich formuliert worden waren. Hier handelte es sich, wie Bethmann erklärte, um ein Kompromiß zwischen politischer und militärischer Leitung. Ausschlaggebend sind aber offenbar im wesentlichen die Wünsche der militärischen Leitung gewesen. Diese Friedensbedingungen entsprachen im wesentlichen den Wünschen unsrer Annexionshetzer. Man wollte die vielbesprochenen Garantien für Belgien. Luxemburg sollte deutsch werden und Longwy und Briey sollten nicht geräumt werden.

Daraus geht hervor, daß es damals in Deutschland den maßgebenden Leuten, das heißt den Herren vom Großen Hauptquartier, mit dem Friedensangebot nicht ernst war. Jeder, der nur einigermaßen die damalige Lage einschätzen konnte, mußte wissen, daß derartige Bedingungen die Grundlage zu Verhandlungen nicht bilden konnten. Nur wenn die Gegner vollständig besiegt gewesen wären, wären sie auf derartige Bedingungen eingegangen.

Und die Gegner fühlten sich damals mit vollem Recht nicht als Besiegte. Daß man damals noch derartigen Kriegszielen nachjagte, war um so unverantwortlicher, als auch bei unsern militärischen Stellen damals Zweifel

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191105/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG